

# Rede der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Iris Walters zum Haushalt 2019 der Stadt Pfungstadt



**Iris Walters**  
Stv. Fraktionsvorsitzende

Pfungstadt, 17. Dezember 2018

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger.  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister.  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

Bürgermeister Koch präsentierte Ende Oktober eine Haushaltssatzung für das Jahr 2019 mit einem Rekordvolumen von knapp 63 Mio. € im Ergebnishaushalt.

## Was sind die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltes?

- Die ordentlichen Erträge sollen um 3,8 % im Vergleich zum Vorjahr wachsen.
- Der Jahresüberschuss ist gerade noch positiv, bleibt aber mit 154 Tsd. € hinter dem Vorjahreswert zurück.
- Die geplanten Investitionen erreichen ein Rekordniveau von knapp 34 Millionen Euro.
- Die geplanten Investitionen werden zu 70 % mit Krediten finanziert.
- Die Tilgungsverpflichtungen müssen nicht über neue Kredite finanziert werden.

Grundsätzlich ist dadurch die Genehmigungsfähigkeit der neuen Haushaltssatzung durch die Kommunalaufsicht gegeben.

Bürgermeister Koch hat häufig erwähnt, dass die Finanzen der Stadt dank der Beschlüsse in den Jahren 2014 und 2015 saniert wären. Diese Meinung teilen wir nicht. Die Finanzen der Stadt sind noch weit von einer Sanierung entfernt und wenn wir jetzt, bei nach wie vor sprudelnden Steuererträgen nicht in der Lage sind Gewinne zu erwirtschaften und Rücklagen zu bilden, gehen wir davon aus, dass die Bonität und die Solidität der Stadt weiter geschwächt werden.

Wir können uns noch gut an das Ringen um Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen in früheren Haushaltsdebatten erinnern. Und trotz aller Bemühungen blieben uns Haushaltssicherungskonzepte nicht erspart. Der Höhepunkt war dann der Jahresverlust von 6,6 Mio. € im Jahresabschluss 2015, der das Eigenkapital der Stadt auf einen Tiefpunkt von rund 45 Millionen abschmelzen ließ. Die Kapitalvernichtung der Stadt erreichte damit einen unrühmlichen Spitzenwert.

## Wie Eigenkapital durch die Jahresverluste vernichtet wird, will ich an folgendem Beispiel erläutern:

Stellen Sie sich vor, Sie hätten Anfang 2007 eine kleine Eigentumswohnung für 100.000 € zu Ihrer Alterssicherung gekauft. Sie haben den Großteil des Kaufpreises mit ihren Ersparnissen in Höhe von 70.000 € finanziert. Dies entspricht einem Eigenkapitalanteil von 70 %. Für die Beschaffung der restlichen 30.000 € haben Sie einen langfristigen Bankkredit aufgenommen, also Fremdkapital.

Im Normalfall erwartet nun jeder, dass bei diesem geringen Fremdkapitalanteil der Bankkredit nach 10 Jahren zurückgezahlt ist und Ihnen dann die Eigentumswohnung zu 100 % gehört.

Bei der Stadt Pfungstadt lief das Rechenbeispiel anders herum.

Bei uns schrumpfte der Anteil der Bürger am Gesamtvermögen der Stadt von 70% im Jahr 2007 auf 29% im Jahr 2015. (siehe auch unsere Schaubilder). Oder, auch anders ausgedrückt! Das Nettovermögen der Bürger hat sich um sagenhafte 36 Mio. € verringert.

## Dieser Abwärtstrend wurde durch konjunkturelle Einflüsse gestoppt.

Aufgrund der sprudelnden Steuereinnahmen und auch der höheren Schlüsselzuweisungen des Kreises konnten die Verlustvorträge in den Jahren 2016 und 2017 erheblich reduziert werden. Seien wir ehrlich, das war ein ganz warmer Regen aufgrund der guten Konjunkturlage.

Was steht uns dauerhaft von diesen Mehreinnahmen zur Verfügung? Nur ein Bruchteil. In den Folgejahren werden wir umgehend mit höheren Umlagen, die wir aufgrund der verbesserten Finanzkraft wieder an den Kreis ausschütten müssen, „bestraft“.

## Unter dem Strich bleibt am Ende des Jahres 2017 ein Verlustvortrag von 14 Mio. €.

Kann man da von Sanierung sprechen? Sie, Herr Koch, haben das Drücken der Reset-Taste auf Seite 29 der Haushaltssatzung bereits vorweg genommen, obwohl die Stadtverordnetenversammlung darüber noch gar nicht entschieden hat. Alles ohne Absprache mit den Fraktionen und ohne Beschlussvorlage. Das ist eine klare Missachtung des politischen Entscheidungsprozesses.

Aufgrund der enormen Haushaltsdefizite wurden die HGO und die Gemeindehaushaltsverordnung novelliert und in vielen Punkten strenger gefasst:

- Vor dem Hintergrund der aktuell guten Konjunkturlage werden die Kommunen aufgefordert Rücklagen zu bilden.
- Das heißt, wir müssen aus den Tiefen des Kellers heraus und wieder finanzielles Tageslicht sehen, bevor wir überhaupt Rücklagen bilden können.
- Stichwort Liquiditätspuffer: Pfungstadt muss dafür sorgen, dass zur Sicherung der stetigen Zahlungsfähigkeit flüssige Mittel in Höhe von ca. 1 Mio. € zur Seite gelegt werden.
- Falls zukünftige Haushaltssicherungskonzepte notwendig werden, muss die Kommunalaufsicht die Genehmigung erteilen, wobei das Einvernehmen des Regierungspräsidiums erforderlich wird, wenn der Konsolidierungszeitraum länger als zwei Jahre dauert. Wir sind uns wohl alle einig, dass wir diese Eskalationsstufe tunlichst vermeiden sollten.

Die vorliegende Haushaltsplanung mit geringem Jahresgewinn ist mit zu großen Risiken behaftet. Wachstum ohne Rücklagen wird bald an seine Grenzen stoßen. Jahresüberschüsse stärken das Eigenkapital und bilden das Rückgrat des Finanzhaushaltes. Damit werden auch Großteile unserer Investitionen finanziert.

Keiner wird bestreiten, dass wir für Ersatzbeschaffungen immer mehr Geld einsetzen müssen. Weil, zum Beispiel, die Technik immer aufwendiger und teurer wird.

## Kommen wir zum Finanzhaushalt und zum Investitionsprogramm.

Das Investitionsvolumen von rund 34 Millionen finanziert mit Krediten von rund 24 Millionen sprengt alle bisherigen Dimensionen. Um diese Größenordnung einschätzen zu können, muss man wissen, dass im Jahre 2017 Investitionen von gerade mal 7,9 Millionen tatsächlich umgesetzt bzw. fertiggestellt wurden. Incl. der genehmigten aber nicht umgesetzten Investitionen aus den Vorjahren schieben wir im laufenden Jahr einen Investitionsstau von rund 53 Mio. € vor uns her. Dieser Betrag entspricht etwa der Hälfte des Buchwertes aller Straßen, Gebäude, Maschinen und Anlagen, die sich im Eigentum der Stadt (ohne Grundstücke) befinden. Und darauf sollen nun nochmal rund 34 Mio. € aufgesattelt werden!?

## Die Diskrepanz zwischen Planung und Umsetzung klappt immer weiter auseinander.

Ein gutes Beispiel für diesen zeitlichen Verzug ist der Neubau des Skateparks. Vor fünf Jahren wurde die alte Pipe abgerissen. Nach langwierigen Protesten von Anliegern am alten Standort beschloss der Magistrat den Neubau im Juli 2017 in der Christian-Meid-Straße. Die Rutsche und Schaukeln für Kinder wurden dort demontiert und entfernt. Von einem neuen Skatepark ist jedoch noch nichts zu erkennen. Das Jahrhundertprojekt wird wahrscheinlich publikumswirksam kurz vor der Bürgermeisterwahl im Mai 2019 eingeweiht.

Wir haben Verständnis für die Leiter der Fachabteilungen. Früher stand nur Riwwelkuche auf dem Tisch des Hauses, in den letzten beiden Jahren war es eine ordentliche Sahnetorte und jeder wollte ein möglichst großes Stück vom Investitionskuchen abhaben. Das Problem aber ist folgendes: Die erfolgreiche Realisierung geplanter Investitionen setzt ausreichende Kapazitäten und die notwendigen Finanzierungsmittel voraus. An der Finanzierung scheiterten die Maßnahmen nicht, Geld war und ist ausreichend vorhanden und da die realisierten Investitionen weit hinter den Plänen hinterherhinken, müssen wir doppelt bezahlen. Wir zahlen einmal für die Kreditaufnahme und dann noch – wie z. Z. marktüblich - einen Strafzins bis das Geld nach Vorlage und Prüfung der Rechnung abgerufen wird. Da wir hier über Millionenbeträge reden, dürfte der jährliche Aufwand ohne Gegenleistung zwischen 150.000 € und 200.00 € liegen.

Umfangreiche Planungen, lange und bürokratische Ausschreibungsverfahren und nicht zuletzt die knappen Ressourcen bei Bauunternehmen und Lieferanten erschweren den Umsetzungsprozess. Wir halten es für dringend erforderlich die Investitionsvorhaben an die Realität anzupassen. Luftschlösser nutzen uns nichts.

## Übrigens...Luftschlösser.

Der Neubau eines Schwimmbades scheint sich so langsam zu einem Luftschloss zu entwickeln. Leider und mit einem gewissen Erstaunen haben wir im Investitionsprogramm vergeblich nach diesem Projekt gesucht, obwohl die Voraussetzungen ausgesprochen günstig sind. Die Stadt erwartet 5,5 Mio. € aus der Hessenkasse als Belohnung dafür, dass wir keinen Schutzschirm in Anspruch genommen haben und wir auch unsere Kas senkredite frühzeitig tilgen konnten. Diese 5,5 Mio. wären ein guter Grundstock für den Bau des Schwimmbades.

Natürlich berücksichtigen wir auch, dass die laufenden Betriebskosten eines Bades gedeckt werden müssen. Zum Beispiel durch den Wegfall von Darlehensauszahlungen an den Biotech-Park in Höhe von 800 Tsd. Euro. Ferner durch den Wegfall von ungefähr 200 Tsd. bei den bereits erwähnten Strafzinsen zuzüglich den unvermeidbaren Stillstandkosten.

Die Bürger haben keinen Einfluss und kein Mitspracherecht auf das Investitionsprogramm. Sie können aber bei der nächsten Bürgermeisterwahl ihr Votum abgeben. Bei einer Wiederwahl bekämen wir auch in der nächsten Legislaturperiode kein Schwimmbad. Das haben wir in den letzten Monaten gelernt. Nur so können wir uns das Fehlen der Position „Schwimmbad“ im Haushalt erklären.

## Wofür steht die UBP?

Aufgrund der Erfahrungen, die wir seit 2007 gemacht haben, sollte jedem klar sein, dass es nicht mehr ausreichend ist, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorzulegen. Vor allem auf der Ertragsseite des Ergebnishaushalts sehen wir erhebliche Risiken. Die Zeiten der Hochkonjunktur sind vorbei.

Überraschend mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass trotz der insgesamt guten Lage am Arbeitsmarkt und trotz höherer Einkommen der Anteil der Stadt an der Einkommensteuer im laufenden Jahr um 500 Tsd. € hinter der Planzahl zurückbleiben wird. Jetzt rächen sich möglicherweise die Versäumnisse der Vergangenheit. Wenn junge, aufstrebende Familien keinen adäquaten Wohnraum finden, dann lassen sie sich eben in den Nachbargemeinden nieder. Städte und Gemeinden ohne Bauplätze und ohne Schwimmbad haben Wettbewerbsnachteile und werden abgehängt. Die UBP strebt unverändert den Bau eines neuen Schwimmbades an. Ein Schwimmbad, das allen Bürgern und Vereinen offensteht und Pfungstadt als Wohnstadt attraktiver macht.

Wir sind uns einig, dass das Flächenangebot für den Wohnungsbau und für die Ansiedlung von leistungsstarken Betrieben erweitert werden muss. Die Standortauswahl darf jedoch nicht zulasten des ÖPNV und unseres Waldes gehen. Bei allem Drang zur Verdichtung brauchen wir auch zukünftig Grünflächen und Ruheräume im Stadtgebiet. Wir benötigen auch in der Innenstadt Naherholungsräume und Spielplätze.

## Und bevor ich ans Ende meiner Rede komme, muss auch mal folgendes erwähnt werden.

Es war Bürgerwille die UBP 2016 mit so unterschiedlichen Menschen ins politische Geschehen eingreifen zu lassen. Als uns der Haushalt 2016 vorgelegt wurde, mussten wir uns erstmals in das umfangreiche Zahlenwerk einarbeiten. Wir haben 2016 gemeinsam eine Mehrheit für eine vernünftige Haushaltspolitik gefunden (damals noch vor großer Kulisse), 2017 ebenso. Die Jahresergebnisse seit der letzten Kommunalwahl haben uns in unserer Arbeit bestätigt. Einige der vorliegenden Anträge gehen in die richtige Richtung, ich bin daher zuversichtlich, dass wir auch dieses Jahr wieder einen breiten Konsens finden werden.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Vielen Dank.